

STELLUNGNAHME

Wann, wenn nicht jetzt? Ausbildungschancen für alle jungen Menschen!

Stellungnahme zum Berufsbildungsbericht 2012

Die Bundesregierung bewertet im Berufsbildungsbericht 2012 die Situation am Ausbildungsmarkt als gut und erfreulich. Der Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit teilt diese Bewertung in wesentlichen Punkten nicht und stellt fest, dass sie für eine erhebliche Anzahl von Bewerber/-innen nicht gilt. Die sieben Bundesorganisationen, die sich im Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit zusammengeschlossen haben, nehmen im Folgenden zu zentralen Aussagen des Berufsbildungsberichtes Stellung und benennen wesentliche Schritte zu besseren Ausbildungschancen und verbesserter Förderung für junge Menschen.

Kurz und bündig:

Zentrale Aussage: Für viele Jugendliche hat sich die Lage auf dem Ausbildungsmarkt keineswegs entspannt – es fehlen Ausbildungsplätze sowie eine angemessene Förderung, sodass weiterhin fast 300.000 junge Menschen nach Schulabschluss in Maßnahmen statt Ausbildung münden.

Was will dieses Papier: Für die Jugendsozialarbeit ist die fortlaufende Analyse der Ausbildungssituation notwendig, um politische Handlungsempfehlungen aussprechen und Konsequenzen für die eigene pädagogische Arbeit ableiten zu können. Das Papier zeigt auf, dass sich die Ausbildungssituation insbesondere für benachteiligte Jugendliche keineswegs „von allein“ bessern wird – die Förderung und Unterstützung vor und während der Ausbildung muss kontinuierlich gewährleistet werden.

Aktuelle Situation auf dem Ausbildungsmarkt – gerade benachteiligte Jugendliche profitieren wenig von positiven Trends

Der Berufsbildungsbericht 2012 zeigt, dass rechnerisch zwar fast ein Ausgleich zwischen Ausbildungsbewerber/-innen und angebotenen Ausbildungsstellen erreicht ist. Trotz dieser positiven Entwicklungen kann aber – vor allem auf bestimmte Gruppen von Jugendlichen und regionale wie branchenbedingte Unterschiede bezogen – bundesweit nicht von einer Entspannung auf dem Ausbildungsmarkt gesprochen werden.

Rund 65.000 junge Menschen haben noch keinen Ausbildungsplatz gefunden, halten ihren Wunsch nach einer Ausbildung aber aufrecht, weitere 11.550 gelten als unversorgt. Als skandalös bewertet der Kooperationsverbund die Tatsache,



dass sich weitere knapp 86.000 Jugendliche aus dem Vermittlungsauftrag der Bundesagentur für Arbeit (BA) abgemeldet haben¹ – diese sind zum großen Teil ebenfalls „unversorgt“, fallen jedoch aus der Statistik der BA heraus. Sie starten ohne Ausbildungsplatz in das Arbeitsleben und unterliegen der Gefahr, aus dem Bildungs- und Berufssystem herauszufallen; ihre Zukunft ist dann oftmals von prekärer Beschäftigung oder dem Bezug von Transferleistungen geprägt². Daher fordert der Kooperationsverbund, die Vermittlung in Ausbildung und Qualifizierung vor die Vermittlung in Arbeit für junge Menschen zu stellen.

Von den positiven Entwicklungen auf dem Ausbildungsstellenmarkt sowie den Bestrebungen der Politik und Wirtschaft, den Fachkräftebedarf zu sichern, profitieren benachteiligte Personengruppen insgesamt nicht in dem Maße, wie es die Bundesregierung erwartet hat. Für junge Menschen mit individueller Beeinträchtigung oder sozialer Benachteiligung bleiben die Probleme auf dem Ausbildungsstellenmarkt bestehen. Wie auch in den vergangenen Jahren zeigte sich deutlich, dass Betriebe Stellen eher unbesetzt lassen, als in die Ausbildung junger Menschen mit erhöhtem Förderbedarf zu investieren. Hier fehlt es an verlässlicher Förderung und Begleitung für junge Menschen wie für die Betriebe gleichermaßen. Die Betriebe sind aufgefordert, ihre Erwartungen mehr an bereits vorhandenen Fähigkeiten und der Lebenswelt der jungen Bewerber/-innen zu orientieren. Wenn sich das Ausbildungs- und Berufsbildungssystem nicht insgesamt von einem exkludierenden hin zu einem auf Inklusion gerichteten System wandelt, wird auch weiterhin ein Teil der jungen Menschen systematisch ausgegrenzt. Potenziale und Ressourcen werden verschwendet. Der Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit fordert die Unternehmen auf, sich auf die jungen Menschen besser einzustellen, diese individuell zu fördern und dafür auch externe Unterstützungsleistungen in Anspruch zu nehmen.

Inklusive Förderung von jungen Menschen mit Behinderungen

Unsere Forderungen beziehen sich ebenfalls auf die Belange junger Menschen mit Behinderungen. Für diese sind die Angebote so zu gestalten, dass sie zu einem vollwertigen Berufsabschluss führen, dafür kann auch der Erwerb von anerkannten Teilqualifikationen einen möglichen Weg darstellen.

Jugendliche mit Behinderungen können in Berufsbildungswerken und in außerbetrieblichen Berufsausbildungen zwar eine Ausbildung erhalten – oftmals gestaltet sich der Übergang in eine Erwerbstätigkeit auf dem ersten Arbeitsmarkt jedoch schwierig.

Unterstützende Maßnahmen wie die Verbundausbildung sind zu verstärken, barrierefreie Zugänge zu Arbeitsstätten und Berufsschulen zu ermöglichen und

¹ Es handelt sich um ehemalige Bewerber/-innen, die keine weitere aktive Hilfe bei der Ausbildungssuche mehr nachfragten. Die BA führt als mögliche Motive die Aussicht auf eine Alternative oder auch die fehlende Motivation der Jugendlichen an.

² Vgl. Berufsbildungsbericht 2012, S. 29.



angepasste Lehr- und Arbeitsmaterialien sowie – bei Bedarf – eine unterstützende Assistenz zur Ausbildung zu gewährleisten. Das pädagogische Personal muss in allen Lernorten weitergebildet werden, um eine den steigenden Anforderungen der Inklusion entsprechende pädagogische Arbeit gewährleisten zu können. Diese Maßnahmen wären ein Schritt auf dem Weg zur Umsetzung der Rechte der Menschen mit Behinderungen und damit zu einem verbesserten Zusammenleben von Menschen mit und ohne Behinderung in allen gesellschaftlichen Feldern.

Zugänge für junge Menschen mit Migrationshintergrund verbessern – Diskriminierung beenden

Junge Menschen mit Migrationshintergrund haben selbst bei guten individuellen Voraussetzungen schlechtere Chancen auf einen betrieblichen Ausbildungsplatz. Die sieben Bundesorganisationen der Jugendsozialarbeit bewerten diese fortdauernde Problematik sehr kritisch und fordern die Akteure in Wirtschaft und Politik auf, der Diskriminierung junger Menschen mit Migrationshintergrund deutlicher entgegenzutreten.

Der Berufsbildungsbericht 2012 spricht in diesem Zusammenhang zu Recht von einem erheblichen Handlungsbedarf. In der Berufsausbildung sind junge Menschen mit Migrationshintergrund weiterhin stark unterrepräsentiert. Auch wird in der Ausbildungsstatistik diese Problematik weiterhin nicht richtig erfasst, weil dort nur nach der Staatsbürgerschaft unterschieden werden kann³.

Die Ausbildungsbeteiligung junger Menschen ohne deutschen Pass liegt mit 33,5 % nur etwa halb so hoch wie die der deutschen jungen Menschen. Dabei stellt gerade für diese Jugendlichen die berufliche Bildung – neben der schulischen Bildung – das zentrale Instrument für die gesellschaftliche Integration dar⁴. Darüber hinaus müssen geeignete Instrumente geschaffen werden, die allen jungen Zuwanderern/-innen den Erwerb von Schulabschlüssen ermöglichen und sie auf eine berufliche Ausbildung vorbereiten.

Zugänge zu beruflicher Bildung verbessern

Jeder junge Mensch, der eine duale Ausbildung absolvieren möchte, muss dazu eine echte Chance erhalten. Aktuelle politische Bestrebungen, die Zugänge zu beruflicher Bildung für benachteiligte Jugendliche zu erhöhen, sind daher zu begrüßen – sie müssen sich aber daran messen lassen, inwieweit es tatsächlich gelingt, diese Jugendlichen besser zu erreichen und zu integrieren. Berufliche



³ Vgl. Berufsbildungsbericht 2012, S. 45.

⁴ Der Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit wird zeitnah weitergehende Handlungsempfehlungen vorlegen, um aufzuzeigen, wie die Diskriminierung von jungen Menschen mit Migrationshintergrund im Bildungssystem und auf dem Ausbildungsmarkt abgebaut und die Förderung verbessert werden kann.

Bildung ist nicht auf die Vermittlung von funktionalen Qualifikationen für eine bestimmte Tätigkeit reduziert, sondern sie zielt auf eine ganzheitliche Bildung und Persönlichkeitsentwicklung. Am Ende eines Berufsbildungsprozesses sollte möglichst ein voll qualifizierender Abschluss erreicht werden.

Zur optimalen Entfaltung der Potenziale sozial benachteiligter oder beeinträchtigter Jugendlicher bedarf es im Ausbildungssystem der Entwicklung individuell ausgerichteter Modelle der Unterstützung, die sich durch eine zeitliche Flexibilität und Durchlässigkeit auszeichnen. Die Struktur der Maßnahmeförderung im SGB II und III erlaubt oftmals keine ausreichende und kontinuierliche individuelle Förderung.

Damit auch junge Menschen mit Förderbedarf eine voll qualifizierende Ausbildung aufnehmen und bewältigen können, schlägt der Kooperationsverbund ergänzend den bundesweiten Einsatz assistierter Ausbildungskonzepte vor. Betriebe, Berufsschulen und Jugendberufshilfe treten dabei in eine enge Kooperation. Vertragspartner der Ausbildung bleiben der Betrieb und der/die Auszubildende. Die Jugendberufshilfe bietet – als dritter Partner – je nach individuellem Bedarf begleitende, zuverlässige Unterstützungsangebote für Auszubildende und Betriebe an.

So können mit entsprechender Unterstützung auch diejenigen zum Abschluss einer Ausbildung geführt werden, die schlechtere Startchancen hatten. Es stehen hier bewährte, effektive und nachhaltige Instrumente (beispielsweise ausbildungsbegleitende Hilfen) zur Verfügung, sie müssen stärker eingesetzt und genutzt werden. In diesem Sinn fordert der Kooperationsverbund die Betriebe auf, mit Rückgriff auf vorhandene Unterstützungsmöglichkeiten auch Jugendlichen mit schwächeren schulischen Leistungen eine Chance zu geben, und weist auf die Angebote der Jugendsozialarbeit.

Kohärente Förderung umsetzen

Ein Ausbildungsabschluss ist heute mehr denn je Voraussetzung für die Teilhabe am Erwerbsleben und für gesellschaftliche Partizipation. Bildungserfolge sind besonders an einem gelingenden Übergang von der Schule in den Beruf zu messen. Der Hauptausschuss des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) forderte schon 2011 ein „System der Hilfsangebote, verbunden mit einer individuellen Begleitung der Jugendlichen sowie Koordination von Maßnahmen und Beratungsangeboten“⁵. Der Bericht der ressortübergreifenden Arbeitsgruppe zur besseren Abstimmung der verschiedenen Programme und Förderinstrumente für junge Menschen kommt ebenfalls zu dem Ergebnis, dass es für die erfolgreiche Integration junger Menschen entscheidend ist, dass „die verantwortlichen Akteure vor Ort eng zusammenarbeiten. Die verschiedenen Angebote sollen sinnvoll ineinandergreifen und eine ganzheitliche Betreuung gewähr-

⁵ Berufsbildungsbericht 2011, S. 99.



leisten“⁶. Der Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit begrüßt diese Forderungen zu einer stärkeren Verzahnung der Übergänge und fordert eine kohärente Förderung junger Menschen.

Dabei ist es aus Sicht des Kooperationsverbundes Jugendsozialarbeit nicht akzeptabel, dass im Berufsbildungsbericht die – allein demografisch bedingt rückläufige – Zahl von 294.000 Jugendlichen in Maßnahmen des Übergangssystems als Fortschritt dargestellt und der damit verbundene systemische Veränderungsbedarf weiter ignoriert wird⁷.

Junge Menschen benötigen – unabhängig von ihren gesetzlichen Ansprüchen – ein bedarfsgerechtes und verlässliches Förderangebot, das ihre persönliche Entwicklung ernst nimmt. Ihre Berufswahlkompetenz und ihre Ausbildungsfähigkeit sind dabei zu stärken und zu fördern. Eine kohärente Förderung sichert auch die Begleitung von und an Übergängen – möglichst in personeller Kontinuität.

Die Koordination von Angeboten und Maßnahmen muss die Ressourcen der Sozialgesetzbücher II, III und VIII regional – koordiniert von der Jugendhilfe – zusammenführen. Das Ergebnis muss die Bereitstellung von flexiblen und individuell am Bedarf orientierten Förderstrukturen sowie verbindlichen Rahmenbedingungen sein. Bundesprogramme und -initiativen müssen dabei lokal angepasst und abgestimmt werden.

Den Deutschen Qualifikationsrahmen nutzen

Bisher ist die Einbindung von non-formal und informell erworbenen Kompetenzen – unabhängig vom Lernkontext – in einem Deutschen Qualifikationsrahmen (DQR) noch nicht gelungen. Dies ist aber notwendig, um die Chancen benachteiligter junger Menschen auf dem Ausbildungsmarkt zu erhöhen.

Junge Menschen müssen möglichst umfassend in verschiedenen Bildungs- und Lebensbereichen Erfahrungen und Kompetenzen sammeln und diese dann auch einbringen und nutzen können, dies wäre ein Beitrag zu einer verbesserten Teilhabe. Die verstärkte Anerkennung von non-formal erworbenen Kompetenzen kann dazu einen wichtigen Beitrag leisten. Durch pädagogische Fachkräfte in der Jugendsozialarbeit können junge Menschen noch besser motiviert und begleitet werden, um ihre persönlichen Kompetenzen zu erhöhen und ein individuelles Kompetenzportfolio zu erstellen.



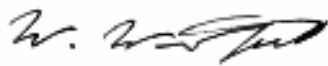
⁶ Bericht der ressortübergreifenden Arbeitsgruppe zur besseren Abstimmung der verschiedenen Programme und Förderinstrumente für junge Menschen 2011, S. 10.

⁷ Berufsbildungsbericht 2012, S. 34.

Nachqualifizierung fördern

Auch weiterhin haben rund 15 % – das entspricht einer absoluten Zahl von 1,46 Mio. – junger Menschen bis 30 Jahre keinen Berufsabschluss⁸. Dies kann nicht hingenommen werden. Der Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit sieht die Notwendigkeit, vorhandene Kompetenzen und Begabungen besser zu erschließen. Es bedarf einer stärkeren politischen Absicherung und institutionellen Verankerung der Nachqualifizierung⁹. Das BIBB fordert zu Recht flexible Qualifizierungsangebote, die einen niedrighwelligen Einstieg erlauben und zu einem anerkannten Berufsabschluss führen können – damit Kompetenzorientierung und lebenslanges Lernen keine Schlagworte bleiben, sondern die Chancen **aller** jungen Menschen auf ein erfolgreiches Berufsleben verbessert werden.

Berlin, im Juni 2012



Walter Würfel

Sprecher des Kooperationsverbundes Jugendsozialarbeit

Fachlich verantwortlicher Ansprechpartner zu dieser Stellungnahme:
Jürgen Döllmann (BAG KJS; Referent für Jugendberufshilfe – Kolpingwerk Deutschland), E-Mail: juergen.doellmann@kolping.de, Tel. 0221 / 20 70 1-142



⁸ Berufsbildungsbericht 2012, S. 43.

⁹ Vgl. beispielsweise die abschlussorientierte modulare Nachqualifizierung (NQ) innerhalb des BMBF-Programms „Perspektive Berufsabschluss“.